

## **Resolution der Stadt Borken gegen Castortransporte in das Zwischenlager in Ahaus (BZA)**

1. Der Rat der Stadt Borken unterstützt die Stadt Ahaus in ihren Bemühungen zum Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner von Ahaus, des Kreises und der Stadt Borken und auch der Region Münsterland.
2. Der Rat der Stadt Borken stellt fest, dass die Sicherheit der Bevölkerung in Ahaus sowie im gesamten Kreis Borken und damit auch in der Stadt Borken in dieser Frage oberste Priorität hat.
3. Zu geplanten Castortransporten aus dem Forschungsreaktor Garching nach Ahaus beschließt der Rat der Stadt Borken:
  - a. Der Rat der Stadt Borken lehnt einen Transport von abgebrannten Brennelementen aus dem Forschungsreaktor FRM II in Garching in das Brennelementzwischenlager (BZA) nach Ahaus strikt ab.
  - b. Es bestehen erhebliche Bedenken, ob die sicherheitstechnischen Rahmenbedingungen für die Lagerung dieses offenbar waffenfähigen Materials in Ahaus bestehen oder ob diese überhaupt hergestellt werden können.
  - c. Der Freistaat Bayern wird aufgefordert eine eigene Lagerstätte für diese Materialien zu suchen und zu benennen.
4. Zu geplanten Castortransporten aus dem Versuchsreaktor Jülich nach Ahaus beschließt der Rat der Stadt Borken:
  - a. Der Rat der Stadt Borken lehnt die geplanten Transporte der Castorbehälter ab, weil er sie nach den derzeit vorliegenden Informationen für unnötig erachtet und die verursachten Folgen und Risiken nicht bewertet werden können.
  - b. Der Rat der Stadt Borken stellt fest, dass die Verantwortung für die 152 Castorbehälter im Falle einer Reparaturbedürftigkeit und zur Endlagerungs-konditionierung weiterhin beim Forschungszentrum Jülich bleibt.

5. Zu eventuell geplanten Castortransporten aus dem Forschungsreaktor Berlin nach Ahaus beschließt der Rat der Stadt Borken:  
Das Land Berlin wird aufgefordert frühzeitig eigene Planungen zu erstellen und Anträge vorzubereiten, um einen Transport aus Berlin nach Ahaus zu vermeiden.
6. Der Rat der Stadt Borken fordert alle Beteiligten, insbesondere das zuständige Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen als atomrechtlich zuständige Aufsichtsbehörde auf, die weiteren Optionen, insbesondere die weitere sichere Lagerung der AVR-Brennelemente am Standort Jülich, intensiv zu prüfen und ggf. zu ermöglichen, um unnötige Transporte zu vermeiden.
7. Der Rat beauftragt die Bürgermeisterin der Stadt Borken diese Resolution an die Stadt Ahaus, die Bezirksregierung Münster, das zuständige Ministerium des Landes NRW, das zuständige Ministerium des Freistaates Bayern, das zuständige Ministerium des Landes Berlin, an das zuständige Ministerium der Bundesrepublik Deutschland sowie die Bundesregierung zu übersenden.

#### **Für den Rat der Stadt Borken**

Frank Richter  
CDU-Fraktion

Kurt Kindermann  
SPD-Fraktion

Sigrid Wingerter  
Bündnis90/Grüne-Fraktion

Brigitte Ebbing  
UWG-Fraktion

Bastian Nitsche  
FDP-Fraktion

#### **Für die Stadt Borken**

Mechtild Schulze Hessing  
Bürgermeisterin Stadt Borken